

des jeweiligen Fernbriefportos (zurzeit 15 Millionen) nicht übersteigt. Da die Betriebssteuer in doppelter Höhe der bewirkten Steuerabzüge zu entrichten ist, ist also ein Arbeitgeber nur dann von dieser Steuer befreit, wenn er in dem Steuerabschnitt von 10 Tagen seinen Arbeitnehmern an Steuerabzug höchstens 7,5 Millionen einbehalten hat. Dieser Grenzbetrag erhöht sich entsprechend der Steigerung des Fernbriefportos.

(Zur Einlösung von Notgeld.) Von Bankseite wird uns geschrieben: Die Geschäftswelt erhebt neuerdings teilweise für die Annahme von Notgeld einen Abzug von 2—10%. Sie begründet dies damit, daß sie selbst bei den Banken, wenn sie das Notgeld auf ihr Konto einzahle, diese Gebühr bezahlen müsse. Die Begründung trifft nicht zu. Die der Vereinigung von Banken und Bankiers in Ostschlesien angeschlossenen Banken haben vielmehr nur beschlossen, für Notgeld, das außerhalb der Kreis-hauptmannschaft-Banken herausgegeben worden ist, z. B. Leipziger Notgeld, eine Einlösungsgebühr von 1%, mindestens jedoch das Porto für einen eingeschriebenen Fernbrief, zu berechnen. Dagegen wird das innerhalb der Kreis-hauptmannschaft-Banken herausgegebene Notgeld gebührenfrei eingelöst. Die Berechtigung einer Gebühr für die Einlösung von außerhalb der Kreis-hauptmannschaft-Banken herausgegebenes Notgeld mag folgendes Beispiel zeigen: L. bringt einer Baukner Bank Kießer Notgeldscheine über zusammen M 10 000 000. Die Baukner Bank muß diese Notgeldscheine mittels Wertbriefes unter Versicherung an ihre Bankverbindung in Kießer zur Gutschrift überfenden. Es kostet ihr dies:

Porto für einen Wertbrief	M 179 000
Versicherungsspesen	M 7 000
Briefmaterial und Umschlag	M 150 000
Arbeitslohn (f. Sortieren, Briefschreiben, Verbuchen und Expedieren; 5 Arbeitsminuten, die Arbeitsstunde zu Mark 1 000 000)	M 83 300

Dagegen erhält die Bank nur M 419 300

(Umrechnungssatz für Landabgabe) Das Finanzamt schreibt uns: Der Herr Reichsminister der Finanzen hat den Umrechnungssatz für die Landabgabe für die Zeit von Sonnabend, den 8. September bis Freitag, den 14. September auf 2 452 000 M festgelegt.

(Scheckbetrüger) Gewart wird vor dem Scheckbetrüger Fritz Ernst Göhring, 1892 in Mühlheim-Strien geboren, der sich von der Düsseldorf Kreditbank ein Scheckbuch mit den Nummern 180 501 bis 180 550 verschafft hat und Schecks unter Einsetzung von Millionen- und Milliardenbeträgen bei Firmen unterzubringen versucht.

(Die Eisenbahnfahrpreise) werden bekanntlich ab heute, Dienstag, den 11. September, dadurch um 150 Prozent erhöht, daß die Grundpreise nicht mehr mit der Schließzahl 600 000, sondern mit 1 500 000 zu multiplizieren sind.

(Anlauf von Reichsilbermünzen.) Der Anlauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 10. ds. Mts. ab bis auf weiteres zum 2 300 000fachen Betrage des Nennwertes statt. Der Golbanlaufpreis ist bekanntlich dahin geregelt, daß Gold in Münzen und Barren bei Münzen bis zu 1 kg fein für Rechnung des Reiches durch die Reichsbank bis auf weiteres unter Zugrundelegung des zuletzt festgesetzten Mittelkurses für Anzahlung New York an der Berliner Börse angekauft wird und zum Preise von 610 Dollar für das kg fein. Bei Mengen über 1 kg fein ist der Preis bei den Reichsbankanstalten zu erfahren.

(Nur noch Millionen in Buchstaben.) Die Postverwaltung hat angeordnet, daß nur noch die Millionen in Buchstaben, die Hundert, Zehn- und Einzeltausender, die Hundert, Zehner und Einer dagegen auch bei der Wiederholung in Ziffern zu schreiben sind. Beträge unter einer Million Mark werden überhaupt nicht mehr in Buchstaben wiederholt noch geschrieben. Auch die Einkäufer können so verfahren. Die Post läßt es auch zu, wenn die Absender bei der wörtlichen Wiederholung der Summen in Postaufträgen, Nachnahmen, Postanweisungen, Zahlarten, Ueberweisungen, Schecks und Zahlungsanweisungen ebenso verfahren.

(Der Höchstpreis für Mauerziegel) ist für die Ziegeleien in der Amtshauptmannschaft Ramenz ab 27. August d. Js. auf 68 500 000 M für 1000 Stück 1. Qualität festgelegt.

Großröhrsdorf. (Estrunken.) Durch einen bedauerlichen Unfall wurde dem hierorts wohnenden Schneider Rodura sein einziges Kind, ein 2 1/2-jähriges Töchterchen, entzissen. Am Freitag nachmittag gegen 3 Uhr ist es in einem unbeobachteten Augenblick in den vorbeifließenden Mühlgraben der Hauschen Mühle gefallen und trotz baldiger Bergang und sachkundiger Wiederbelebungsversuche nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden. Den trauernden Eltern wendet sich allseitige Teilnahme zu.

Großröhrsdorf. (Einbruch.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist bei Herrn Gasthofsbesitzer und Fleischermeister Mensch eingebrochen und Fleischwaren gestohlen worden. Die angestellten Nachforschungen sind bis jetzt ergebnislos verlaufen.

Seifersdorf. (Großfeuer.) Am Sonnabend früh brannte im Großgut Seifersdorf, die dem Wohn-

haus gegenüberliegende große Scheune, die mit reichen Erntevorräten gefüllt war, vollständig nieder.

Königsbrück. (Zapfenstreich.) Heute, Dienstag, abend 1/9 Uhr findet auf dem Markt ein Zapfenstreich sämtlicher in Königsbrück anwesender Militärkapellen mit Fadelbeleuchtung statt. — (Parade.) Am 14. September, voraussichtlich 11 Uhr vormittags, unter Umständen auch bereits etwas früher, findet eine Parade der auf dem Truppenplatz anwesenden Truppen vor dem Herrn Chef der Heeresleitung auf dem Gelände an der Straße Königsbrück-Neues Lager-Schmorkau statt. Der Zugang zum Paradeplatz hat nur auf den von der Straße Neues Lager-Schmorkau abgehenden, beiderseits des Gefangenenfriedhofes führenden Wegen, zu erfolgen. Den Anordnungen der Feldgendarme ist Folge zu leisten.

Dresden. (Fritz Busch und der Dresdener Lehrergesangverein.) Nach dem glänzenden Erfolge im Frühjahr ist Generalmusikdirektor Fritz Busch für die Leitung weiterer Konzerte des Lehrergesangvereins verpflichtet worden. Die erste Veranstaltung am 22. November bringt u. a. folgende Neuheiten: Franz Schuberts Chor „Gesang der Geister über den Wassern“ mit Begleitung von Bralchen, Celli und Bässen, ferner Robert Schumanns schwierige Motette „Verzweifelte nicht“, in der ursprünglichen (unbearbeiteten) Fassung. Des weiteren sind neuzeitliche Chöre von Siegmund von Hausegger und Josef Haas vorgesehen. Das 2. Winterkonzert wird voraussichtlich Anfang März nächsten Jahres stattfinden.

Dresden. (Ueber die Frage der proletarischen Hundertschaften in Sachsen) haben die Landtagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei, Dr. Fritz Kaiser und Dr. Schneider, folgende Anfrage im Landtag eingebracht: „Die Erfahrungen mit den proletarischen Hundertschaften bestätigen, daß diese sich vielfach selbst an Ausschreitungen beteiligen und sich polizeiliche Befugnisse, noch dazu mit lächerlichen Uebertreibungen, anmaßen. Nunmehr sollen Verhandlungen zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten über die weitere Bewaffnung der Hundertschaften und über ihre Bereitstellung für den Bürgerkrieg stattfinden. In Preußen hat der sozialdemokratische Innenminister Severing alle Sorten Hundertschaften verboten und hält den Schutz der Ruhe und Ordnung durch die Polizei aufrecht. Wann denkt die Regierung in Sachsen das gleiche zu tun?“

Dresden, 10. September. (Sächsischer Handwerkerstag.) Der Landesauschuß des Sächsischen Handwerks hielt am Sonnabend und Sonntag hier den 3. Sächsischen Handwerkerstag ab. Am Sonnabend Abend fand im Ausstellungspalast ein Begrüßungskommers statt. Die Ansprache hielt der Vorsitzende des Bundesauschusses Obermeister Kunzsch. Bürgermeister Dr. Kütz begrüßte die Anwesenden namens der Stadt Dresden. Am Sonntag Vormittag vereinigten sich die Teilnehmer der Tagung zu einer Kundgebung, an der Vertreter der Regierung und der Stadt teilnahmen. Begrüßungsansprachen hielten die Vertreter des Ministeriums, der Stadt, der Sächsischen Gewerbetammern, des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, der Versicherungsanstalt des Sächsischen Handwerks und des Submissionsamtes u. a. Obermeister Wiener, Chemnitz, hielt einen Vortrag über die Bedeutung des Handwerks für unser Volk und Wirtschaftsleben. Syndikus Weber behandelte die Stellung des Handwerkers zur Wirtschaft, Sozial- und Steuerpolitik der Gegenwart. Zum Schluß wurden mehrere Entschließungen angenommen, durch die die Vereinfachung verschiedener Mißstände gefordert wird. Nach Schluß der Kundgebung unternahm die Teilnehmer einen Protestzug durch die Stadt.

Dresden. (Eine Straßenbahnfahrt 500 000 Mark.) Vom 12. September an kostet auch in Dresden eine Straßenbahnfahrt 500 000 M. — Der Preis für 1 Liter Vollmilch wurde auf 400 000 M. festgelegt.

Dresden. (Dr. Zeigner gegen Dr. Geßler.) Dem Teutonia-Sachsendienst wird aus Berlin gemeldet: Der gegenwärtige sächsische Ministerpräsident zeigt sich entschlossen, aller besterlen Einseitigkeit und der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands zum Trotz seinen Feldzug gegen den Reichswehrminister Dr. Geßler fortzusetzen. Herr Zeigner hat sich unterfangen, der Reichsregierung sozusagen ein Ultimatum zu übersenden, worauf zunächst als erste Antwort die hündige Erklärung Dr. Geßlers vorliegt, daß er jede weitere Debatte ablehne. Er habe sein Material dem Reichskanzler übermittle, und die weitere Entscheidung liege also an dritter Stelle. Da Reichskanzler Dr. Stresemann schon erklärt hat, werde die erste Gelegenheit zu einer persönlichen Rücksprache mit Dr. Zeigner wahrzunehmen, so hätte man keinen besonders dringlichen Anlaß mehr, sich mit der Sache zu beschäftigen, wenn man nicht das Berliner Organ des Kanzlers „die Zeit“ zu melden wüßte, daß Dr. Zeigner in einer öffentlichen Rede anscheinend vertrauliche Einzelheiten aus der jüngsten Sitzung des auswärtigen Ausschusses bekannt gegeben habe.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Sept. (Das umgangene Verbot des Betriebsrätekongresses.) Die Kommunisten haben das Verbot des heutigen Betriebsrätekongresses dadurch umgangen, daß sie die Tagung nach dem kleinsten Orte Belten in der Mark verlegten. Etwa 500 kommunistische Betriebsräte versammelten sich dort im Schützenhause. Die Referenten stellten die bekanntesten kommunistischen Forderungen auf und wiesen dabei auf den bevorstehenden Entscheidungskampf zwischen Proletariat und den bestgehenden Klassen hin und daß das deutsche Proletariat jede Unterstützung von Rußland erwarten könne. Als dann die zwischen-

informierte Berliner Polizei eintraf, löste sich die Versammlung sofort auf. Im Orte selbst kam es zu kleineren Zusammenstößen zwischen dortigen Kommunisten und der Polizei. Sonst ist alles ruhig verlaufen, auch in Berlin selbst.

Berlin, 10. Sept. (Noch keine Entscheidung in der Währungsfrage.) Alle Gerüchte, daß bereits endgültige Maßnahmen zur Festlegung eines neuen Währungsproblems getroffen seien, sind als unrichtig zu bezeichnen. Zu dieser Frage werden weitere Entscheidungen erst am Montag abend in einer Kabinettsitzung gefaßt werden.

(Es gibt immer noch ungehobene Staatsverschätze.) Hier folgendes Beispiel: Nach dem preussischen Haushalt für 1923 betragen die Ausgaben 822 Milliarden, die Einnahmen 202 Milliarden, der Ausfall somit 620 Milliarden. Die Domänen bringen bei einer Einnahme von 1302 Millionen — Ausgabe 778 Millionen — einen Ueberschuß von 524 Millionen, verteilt auf 711 Domänen mit 1 129 076 Morgen. Auf den Morgen kommt also ein Pachtüberschuß von 464 Mark, auf die Domäne im Durchschnitt mit 1600 Morgen je 742 000 Mark oder soviel wie der Preis eines halben Zentner Roggen. Würde von jedem Morgen nur ein Zentner für 1 1/2 Millionen geliefert, so gäbe dies eine Pachteinnahme von 1634 Milliarden, oder 492 Milliarden mehr als die gesamten Staatsausgaben. Ob diese Leistung freilich möglich ist, solange die Domänen Staatsbesitz sind, darf man bezweifeln.

(Eisenacher Resolution.) Die außerordentliche Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, die unter dem Druck der sich immer katastrophaler verschärfenden Lage am 29. August in Eisenach stattfand, hat nachstehenden Entschluß einstimmig angenommen, der zur Kenntnis des Herrn Reichsarbeitsministers gebracht wurde: „Die in Eisenach versammelten Vertreter der Zeitungsverleger Deutschlands sind sich darüber einig, daß die zuletzt außerordentlich und über das Maß der in anderen Industrien gezahlten Löhne festgesetzte Bezahlung der Verleger nicht weiter getragen werden kann. Besonders verurteilen sie die Anwendung der Reichsindossassen in Verbindung mit einer Ausgleichsziffer auf die an sich zu hoch bemessenen Grundlöhne. Diese Anwendung hat die heutige Katastrophe im deutschen Zeitungsgewerbe mit herbeigeführt. Deshalb ist ein weiteres Fortschreiten auf dieser Bahn unmöglich. Wird nicht umgehend eine Reform der Bemessung der Löhne vorgenommen, so ist die Schließung der Zeitungsbetriebe unabwendbar. Der Verein empfiehlt seinen Mitgliedern, unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften rechtzeitig die dazu nötigen Schritte in die Wege zu leiten. Infolge der Eigenart der Zeitungsbetriebe muß aber von den Demobilisationsbehörden erwartet werden, daß sie auf der Forderung der Kurzarbeit als Vorbedingung für die Möglichkeit von Entlassungen nicht bestehen. In allen Fällen, wo die Unmöglichkeit der Beschaffung der Lohngeber nachgewiesen wird, müssen ferner die Demobilisationsbehörden angewiesen werden, die sofortige ganze oder teilweise Stilllegung der Betriebe zu gestatten. Wir wären und sind bestrebt, die deutschen Zeitungen unter den schwierigsten Verhältnissen aufrecht zu erhalten und haben bisher, wo es irgend möglich war, eingegriffen, um Stilllegungen zu verhindern. Das wird uns aber bei allem Idealismus und dem besten Willen nicht möglich sein, wenn nicht schleunigst die Lohnpolitik der Regierung auf die Realitäten eingeeißelt und die Schließung der Zeitungsbetriebe von dieser Seite her vermieden wird.“

Frankreich.

Paris, 9. Sept. (Partiser Kommentar der Poincarérede.) Die gestrige Rede Poincarés wurde hier mit großer Spannung erwartet. Angesichts der vielen Gerüchte von deutschen Offizieren und offiziellen Führern hatte man sich hier einer gewissen Nervosität bemächtigt. In dieser Hinsicht hat die Rede des Ministerpräsidenten keine Aufhellung gebracht. Die Pressestimmen sind darum auch sehr einträchtig. Der „Temps“ schreibt: Poincaré stellt fest, daß der Ton der deutschen Regierung sich geändert habe, nun müßten sich auch die Taten ändern. Dasselbe findet auch das „Journal de Debats“. Das Blatt fügt hinzu: Verhandlungen mit Deutschland seien ein Ding der Unmöglichkeit, solange der Kanzler nicht die Einstellung des passiven Widerstandes vorausschicke.

Amerika.

(Die amerikanische Hilfe für Japan.) Wie aus New York mitgeteilt wird, hat Präsident Coolidge gestern eine neue Konferenz abgehalten und sich über das Hilfswerk für Japan ausgesprochen. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, Japan in unbedingtem Maße zu Hilfe zu kommen. Von allen Seiten laufen Geldspenden und Gegenstände des täglichen Bedarfs ein. Die Stadt New York allein hat zwei Millionen Dollar gesetzt.

Des Kanzlers Friedensruf.

Eine Mahnung an das Ausland.

Der Verein der ausländischen Presse in Berlin veranlaßt diese Tage zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Stresemann ein Abendessen. Nach herzlichem Begrüßungswort des Vereinsvorsitzenden ergriß der Kanzler, von den Anwesenden lebhaft begrüßt, das Wort zu einer Ansprache, in der er zunächst flüchtig auf die Beziehungen der Völker zu sprechen kam, um dann mit herzlichem Worten des 25-jährigen Regierungsjubiläums der Königin von Holland und mit Worten der Trauer des fürchterlichen Unglücks in Japan zu gedenken. Bellericht, so führte der Kanzler aus, regte dieses Unglück den einen oder anderen dazu an, sich zu fragen und zu erinnern, ob wir nicht angesichts dessen, was hier an Menschenwerk zerbröckelt sei, wenigstens alles Menschenwerk da erhalten sollten, wo das Schicksal auch in unsere Hand gegeben sei. Und in einem feinen Wort unseres Schicksals, nämlich im Verhältnis der Völker zueinander. Vor uns liege das Fragezeichen:

Wann kommt nach Krieg und Revolution der Friede?

Dr. Stresemann schilderte eingehend die politische Entwicklung der letzten Jahre und die gegenwärtige Lage in Deutschland. Nachgedrückte in materiellen Dingen aber Unnachgiebigkeit in der Verteidigung des Deutschen Reiches, die nicht einen Stein von deutschem Boden lassen wird — das sei die Politik, zu der er sich bekenne.

Wenn Deutschland die Grenzen behalte, auf die es ein Recht hat, die Souveränität, die ihm verbleibt, dann werde es auch bereit sein, dasjenige zu leisten, was man billigerweise von ihm verlangen könne.